

Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung

„Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten“

Überwiesener Antrag aus der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) der Fraktion der FDP (Drucksache 19/138S)

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) hat in ihrer Sitzung am 24. Mai 2016 den Antrag der Fraktion der FDP vom 06. April 2016 „Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten“ (Drucksache 19/138S) zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kinder und Bildung überwiesen.

Mit dem Antrag soll die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) beschließen, den Senat aufzufordern,

1. trägerübergreifend Angebotsstrukturen und -umfang der Betreuungszeiten sowohl in Kindertageseinrichtungen als auch in der Kindertagespflege festzuhalten, zu untersuchen und dabei auch erfolgreiche Umsetzungsbeispiele einzelner Einrichtungen zu dokumentieren.
2. zukünftig nicht realisierte Betreuungswünsche trägerübergreifend zu erfassen.
3. den tatsächlichen Bedarf verlässlicher Betreuungsangebote in den Rand- und Ferienzeiten sowie am Wochenende und in Notfallsituationen zu ermitteln und dabei auch aktuelle Daten, in welchem Umfang sich Eltern eine Veränderung des Betreuungsumfangs wünschen, zu berücksichtigen.
4. zur Erweiterung des Angebotes flexibler Betreuungszeiten in Abstimmung mit Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen praktikable Umsetzungsmodelle zu entwickeln und die Tagespflege dabei als ergänzende und gleichberechtigte Betreuungsform in guter Qualität zu etablieren.
5. in den Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen für das Bundesprogramm „KitaPlus“ zu werben und Interessenten im Förderverfahren zu unterstützen.
6. der Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung über den Sachstand zu berichten

Die Deputation für Kinder und Bildung hat den Antrag in ihrer Sitzung am 19.10.2016 an den Deputationsausschuss „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung weitergeleitet und diesen gebeten, den Antrag eingehender zu beraten und eine Empfehlung abzugeben. Der Ausschuss hat den Antrag mehrfach, zuletzt auf seiner Sitzung am 20.01.2017, beraten und darauf eine

Empfehlung für die Deputation ausgesprochen, über die die Deputation am ~~08.02.~~29.03.2017 abschließend beraten hat.

Die Deputation für Kinder und Bildung empfiehlt, den überwiesenen Antrag in der vorliegenden Form abzulehnen und stattdessen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) fordert den Senat auf:

- 1.) Die Senatorin für Kinder und Bildung wird gebeten, zur Gewinnung von validen Daten zum Betreuungsbedarf von Eltern, der von den bestehenden Zeitmustern abweicht, eine externe Elternbefragung in 2017 zu beauftragen. Die endgültige Fassung des Fragenkataloges wird vorab im Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ abgestimmt.
- 2.) Bis zum 01.11.2017 eine Übersicht aufzubereiten, aus der die im jeweiligen Stadtteil angebotenen Randzeitenbetreuungen durch Einrichtungen und Tagespflegepersonen zur Verfügung gestellt wird. Diese sind auf www.kinderbetreuungskompass.de zu veröffentlichen.
- 3.) Durchführung und Evaluation in Abstimmung mit den Trägern eines Modellversuchs zur Erprobung flexibler Zeitmuster im KGJ 2018/19. Dabei sind u.a. folgende Fragen zu berücksichtigen: Wie können bedarfsgerechte Angebote mit gesamtstädtischer Versorgungsfunktion organisiert werden und wie werden sie angenommen? Wie kann der pädagogische Gruppenalltag so gestaltet werden, dass Kinder zu unterschiedlichen Tageszeiten zusammen sind? Wie kann eine wirtschaftliche Aufgabenwahrnehmung gewährleistet werden?
- 4.) Ein Konzept zur Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Modellversuch und aus der Elternbefragung für die künftige Kita-Angebotsplanung vorzulegen.

Der Deputationsunterausschuss „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung hatte die Möglichkeiten und Zielsetzungen der Flexibilisierung der Angebote der Kindertagesförderung auf Basis der überwiesenen Parlamentsanträge und einer fachlichen Ausarbeitung der AG78 intensiv beraten.

Die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist und bleibt ein wesentliches Ziel der Kindertagesförderung. Dies erfordert einen weiteren Platzausbau, um allen Familien entsprechende Angebote zu machen. Die angebotenen Zeitmuster der Kindertagesförderung sollen künftig noch besser auf die Bedarfe von Kindern und ihren Familien abgestimmt sein. Dabei muss das Kindeswohl zentraler Maßstab sein.

Kindertagesförderung muss auch für Eltern zugänglich sein, deren Arbeitszeitmuster nicht mit den aktuell gegebenen Angebotszeiten der Einrichtungen (inklusive Früh- und Spätdienste) in Einklang

zu bringen sind. Es ist erstrebenswert solche Betreuungsbedarfe nicht nur durch individuelle Vereinbarungen (z.B. mit Tagespflegepersonen), sondern auch Kindertagesstätten abzudecken.

Die Flexibilisierung von Angebotszeiten soll im Einklang mit den Zielsetzungen des Kitaplatausbaus, einer wirtschaftlichen Angebotserbringung und der Förderung des Kindeswohls (hier: Zugang zu Betreuungsangeboten, aber auch Integration in den pädagogischen Alltagsablauf) erfolgen.

Diese Zielsetzung ist mit den im überwiesenen Antrag beschriebenen Beschlussvorschlägen nicht sachgerecht umsetzbar. Der Antrag der FDP sollte deshalb in der vorliegenden Form nicht beschlossen werden.